

Zusammenfassung

Russlands Angriff auf die Ukraine verschärft die kurzfristige wirtschaftliche Unsicherheit und schwächt die Arbeitsmarkterholung

Russlands Angriff auf die Ukraine hat eine große humanitäre Krise ausgelöst und sorgt weltweit für wirtschaftliche Schockwellen. Millionen Menschen – hauptsächlich Frauen und Kinder – sind aus der Ukraine geflohen und suchen nun in anderen europäischen Ländern und auch außerhalb Europas Schutz. Der Krieg beschleunigt den Anstieg der Rohstoffpreise und verstärkt damit den Inflationsdruck, der von den Lieferkettenstörungen ausgeht und schon seit einiger Zeit die Realeinkommen schmälert. Der wirtschaftliche Schock beeinträchtigt die Erholung von der Coronakrise, auch wenn sich die Arbeitsmarktlage in den ersten Monaten 2022 weiter verbessert hat. Trotz des anhaltenden Beschäftigungswachstums sind die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im letzten Quartal 2021 im Vorjahresvergleich gesunken, und dieser Rückgang hat sich Schätzungen zufolge in vielen Ländern in den ersten Monaten des Jahres 2022 fortgesetzt. Grund dafür ist, dass das Lohnwachstum nicht mit dem Preisanstieg Schritt hält.

Die Erholung von der Coronakrise fiel kräftiger aus als erwartet, die Arbeitsmarktentwicklung verlief jedoch unterschiedlich je nach Land und Arbeitskräftegruppe

Die Konjunktur erholte sich rascher als erwartet von der Coronakrise, die Erholung der Arbeitsmärkte verlief jedoch unterschiedlich je nach Land und Branche und ist noch nicht abgeschlossen. Durch den Ukrainekrieg ist ihre Dauerhaftigkeit nun infrage gestellt. Auch die Pandemie ist noch nicht vorüber und prägt weiterhin die Beschäftigungsdynamik verschiedener Wirtschaftszweige. Vor allem in Niedriglohnbranchen wie dem Gastgewerbe verläuft die Entwicklung schleppend, was erhebliche Auswirkungen auf die dort am häufigsten beschäftigten Arbeitskräftegruppen hat. Ein Teil des ungleichen Effekts der Krise auf die Beschäftigung ist inzwischen abgeklungen. Bei jungen Menschen, Geringqualifizierten und Niedriglohnkräften ist die Erholung in vielen Ländern jedoch noch nicht richtig angekommen. In der Mehrzahl der wenigen Länder, für die entsprechende Daten vorliegen, gilt dies auch für ethnische Minderheiten. Diese Gruppen trifft auch der Anstieg der Rohstoffpreise hart: Niedrigeinkommenshaushalte wenden einen größeren Anteil ihres Einkommens für Verbrauchsausgaben auf und Energie- sowie Nahrungsmittelprodukte machen einen besonders großen Anteil ihres Verbrauchs aus.

Die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Maßnahmen der Länder waren den beispiellosen Herausforderungen der Coronakrise angemessen

Die OECD-Länder reagierten mit beispielloser Entschlossenheit auf die Coronakrise und ergänzten die bereits existierenden Beschäftigungs- und Sozialschutzmaßnahmen durch großangelegte Sofortmaßnahmen in verschiedenen Bereichen. Dieses Vorgehen sicherte Arbeitsplätze und Einkommen und schuf so das Fundament für einen starken Arbeitsmarktaufschwung. Dank der kräftigen Konjunkturerholung konnten die Krisenmaßnahmen in den meisten Bereichen bis Ende 2021 zurückgenommen werden. Da während der Krise sehr schnell gehandelt werden musste, waren diese Maßnahmen teilweise nicht hinreichend zielgenau und die Ausgaben höher als nötig. Möglicherweise gab es auch nicht genügend Anreize für den Ausstieg aus den Hilfsprogrammen. Die weitgreifenden Fördermaßnahmen verhinderten in vielen OECD-Ländern eine nochmalige Zunahme der Einkommensungleichheit. Einige stark von der Krise getroffene Arbeitskräftegruppen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen waren jedoch nicht hinreichend abgesichert. Der Krieg in der Ukraine stellt die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der OECD-Länder nun vor neue Herausforderungen. In diesem Kontext haben viele Regierungen rasch reagiert, um der großen Zahl von Geflüchteten aus der Ukraine zu helfen und den starken Anstieg der Energiepreise abzufedern. Weitere Maßnahmen sind im Gespräch.

Eine hohe Arbeitsmarktkonzentration wirkt sich negativ auf die Beschäftigungsqualität aus

Im Fall einer starken Arbeitsmarktkonzentration konkurriert eine geringe Zahl von Arbeitgebern um Arbeitnehmer. Dadurch entstehen Nachfragemonopole, die es den Arbeitgebern ermöglichen, die Löhne einseitig festzusetzen, was zu einem ineffizient niedrigen Beschäftigungs- und Lohnniveau führen kann. Eine Analyse von Onlinestellenangeboten in 16 fortgeschrittenen Volkswirtschaften – die bis dato umfangreichste länderübergreifende Analyse der Arbeitsmarktkonzentration – zeigt, dass mindestens ein Sechstel der Beschäftigten im gewerblichen Sektor auf hoch konzentrierten Arbeitsmärkten tätig ist. In ländlichen Gegenden und in bestimmten Berufen, darunter einige systemrelevante Tätigkeiten, ist der Anteil noch höher. Empirische Daten bestätigen in der Regel die These, wonach sich Arbeitsmarktkonzentration negativ auf die Beschäftigung auswirkt. Harmonisierte Daten aus einer Untergruppe von Ländern zeigen, dass eine höhere Konzentration mit niedrigeren Löhnen und weniger Beschäftigungssicherheit einhergeht. Die Politik muss daher mehr unternehmen, um Nachfragemonopolen auf den Arbeitsmärkten zu begegnen, z. B. mit regulatorischen Maßnahmen gegen Lohnabsprachen und Wettbewerbsverbote. Auch andere Arbeitsmarktregelungen, etwa in Bezug auf Mindestlöhne und Tarifverhandlungssysteme, gilt es zu überdenken.

Die Lohnfindung auf Unternehmensebene trägt stark zu Lohnungleichheit bei

Etwa ein Drittel der gesamten Lohnungleichheit erklärt sich aus Unterschieden bei der Lohnfindung der Unternehmen anstatt aus Unterschieden bei Qualifikationsniveau und -rendite der Beschäftigten. Lohnunterschiede zwischen Unternehmen sind wiederum auf Produktivitätsunterschiede zurückzuführen, aber auch auf Unterschiede bei der Lohnverhandlungsmacht. Um der hohen und teilweise weiter steigenden Lohnungleichheit entgegenzuwirken, müssen beschäftigtenorientierte Maßnahmen (z. B. Aus- und Weiterbildung) durch Maßnahmen ergänzt werden, die auf Unternehmensebene ansetzen. Dazu gehören insbesondere Maßnahmen, die weniger produktiven Unternehmen helfen, zum Produktivitätsniveau der führenden Unternehmen aufzuschließen, Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsplatzmobilität zwischen den Unternehmen sowie solche zur Begrenzung von Nachfragemonopolen auf den Arbeitsmärkten. Solche Maßnahmen würden alle zu steigenden Löhnen und weniger Lohnungleichheit führen, ohne sich negativ auf Beschäftigung und Wirtschaftsleistung auszuwirken.

Umsichtig gestaltete und umgesetzte Arbeitszeitregelungen können die Lebensqualität der Beschäftigten erhöhen und zugleich Arbeitsplätze und Produktivität sichern

Daten zufolge können Verringerungen der regulären Arbeitszeit – sofern sie umsichtig gestaltet und umgesetzt werden – das Wohlergehen der Beschäftigten erhöhen, ohne Beschäftigung und Produktivität zu beeinträchtigen. Eine Analyse entsprechender Gesetzesreformen auf nationaler Ebene sowie vertraglicher Arbeitszeitverkürzungen auf Unternehmensebene zeigt, dass verringerte reguläre Arbeitszeiten (bei gleichbleibenden Monatslöhnen) Arbeitsplätze erhalten und die Lebensqualität erhöhen können, wenn der Effekt auf die Lohnstückkosten begrenzt bleibt – sei es aufgrund von dadurch entstehenden Produktivitätszuwächsen oder von staatlichen Zuschüssen. Dies gilt auch, wenn die Arbeitgeber ein erhebliches Nachfragemonopol haben. Solche positiven Effekte dürften sich mit größerer Wahrscheinlichkeit einstellen, wenn die Sozialpartner Spielraum haben, Arbeitszeiten, Löhne und Arbeitsorganisation als Gesamtpaket auszuhandeln. Flexible Arbeitszeiten könnten des Weiteren einen kleinen positiven Effekt auf die Gesundheit, die Zufriedenheit und die Work-Life-Balance der Beschäftigten haben. Auch die Arbeit im Homeoffice könnte die Zufriedenheit der Beschäftigten erhöhen. Ihre Auswirkungen auf die Work-Life-Balance und die Gesundheit sind jedoch uneinheitlich.

Dieser Text wurde vom Deutschen Übersetzungsdienst der OECD übersetzt. Der englische und der französische Text sind die einzigen amtlichen Fassungen.



From:
OECD Employment Outlook 2022
Building Back More Inclusive Labour Markets

Access the complete publication at:
<https://doi.org/10.1787/1bb305a6-en>

Please cite this chapter as:

OECD (2022), "Zusammenfassung", in *OECD Employment Outlook 2022: Building Back More Inclusive Labour Markets*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/2bd7ef64-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document, as well as any data and map included herein, are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area. Extracts from publications may be subject to additional disclaimers, which are set out in the complete version of the publication, available at the link provided.

The use of this work, whether digital or print, is governed by the Terms and Conditions to be found at <http://www.oecd.org/termsandconditions>.